

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Telephon: Amt Köpenick, Nr. 1078.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm s, Berlin O 27, Andreasstr. 61 III, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt. Victor Renard tot. — Gefährliche Hoffnungen. — „Burgfriedliches“ aus der Textilindustrie Bayerns (I). — Mehr eigene Initiative bei Lohn- und Arbeitsfragen. — Furchtbare Brandkatastrophe in der Scharfensteiner Baumwollspinnerei. — Krieg, Mode und Arbeiterfrauen. — Kriegsgewinne. — Hausfuchung statt Lohnerhöhung. — Krieg und Krankenversicherung. — In der Textilindustrie besteht ein Mangel an männlichen Arbeitern. — Gründung von Textilfabriken in Argentinien. — Soziales. — Aus Handel und Industrie. — „Kehr heim!“ (Gedicht). — Literatur. — Briefkasten. — Verbandsanzeigen. — Quittung.

Victor Renard tot.

Was wir schon lange befürchteten, den Tod unseres französischen Kollegen und Freundes, ist, ohne daß wir davon erfuhren, schon vor langer Frist eingetreten. Victor Renard ist nach einer aus Frankreich verspätet zu uns gelangten Kunde schon am 11. Oktober vorigen Jahres in einem kleinen Orte in der Nähe Lilles, inmitten des Kriegsgetümmels, wie wir vermuten, seiner tödlichen Krankheit erlegen; er litt an Mastdarmkrebs. Schon auf unserer Stuttgarter Generalversammlung (1912), wo er als Vertreter der französischen Textilarbeiterföderation anwesend war und noch sein anfeuerndes Wort ertönen ließ, trug er den Keim zu seinem Tode in sich.

Renard war ein von Nationalstolz glühender Franzose und dennoch ein warmer Freund deutschen Wesens und deutscher Einrichtungen, besonders der deutschen gewerkschaftlichen, und er ließ keine sich ihm bietende Gelegenheit vorbeigehen, ohne auf Deutschland als vorbildliches und nachahmenswertes Muster hinzuweisen. Dabei war er ein glühender Verehrer der Internationale der Arbeiter; ein erneuter Beweis dafür, daß der weitestreichende Internationalismus am kräftigsten im Nationalismus wurzelt.

Renard war zwar mütterlicherseits deutscher Herkunft (seine Mutter stammte aus Bayern), und auch sein Vater war lange Zeit in Deutschland und sprach deutsch — woraus sich erklärt, daß auch Victor Renard sich auf deutsch verständigen konnte —, dennoch war und blieb er allezeit ein guter Franzose. Das hinderte ihn aber nicht, seine deutsche Mutter in hohem Maße zu verehren; mit wehmütigem Stolz zeigte er uns bei unserer Anwesenheit in Lille (seinem Domizil) vor Jahren das Bildnis seiner Mutter.

Victor Renard, der schon in frühester Jugend sich sein Brot verdienen mußte, war auch schon in frühester Jugend in der Arbeiterbewegung tätig. Er war einer der tüchtigsten und konsequentesten Vertreter der Guesdistischen Richtung in der französischen Arbeiterbewegung. Im Jahre 1879 befand er sich unter den Mitgründern der sozialistischen Arbeiterpartei (Parti ouvrier socialiste), und er hat ihr wie späterhin der geeinigten sozialistischen Partei, in der er seinen marxistischen Grundsätzen treu blieb, als Führer des nordfranzösischen Proletariats die wesentlichsten Dienste geleistet. Seine Haupttätigkeit aber lag auf gewerkschaftlichem Gebiete. Er organisierte die Textilarbeiter und hat sich als Sekretär innerhalb der gewerkschaftlichen Konföderation zum Wortführer einer Taktik gemacht, die in Anlehnung an das deutsche Vorbild die ganz und halb anarchistischen Methoden der Syndikalisten ablehnte. Mit Nachdruck bekämpfte er die direkte Aktion und empfahl die Organisation nach deutschem Muster und ein möglichst enges Zusammengehen mit der sozialistischen Partei. Auf dem Gewerkschaftskongreß zu Amiens im Jahre 1906 brachte Renard mit den Textilarbeitern des Norddepartements den Antrag ein, gelegentlich mit der sozialistischen Partei in Verbindung zu treten, und auf dem Parteikongresse, der im selben Jahre zu Limoges stattfand, wandte er sich wie auch Jules Guesde scharf gegen den anarchistischen Putschismus der Syndikalisten, der auch in der Partei seine Anhänger hatte.

Man weiß, wie alle diese Versuche, die Taktik der französischen Gewerkschaften zu reformieren, nur einen sehr geringen Erfolg hatten, und auch die dreistündige Rede, die der schon Erkrankte 1912 auf dem Gewerkschaftskongreß von Le Havre hielt, und die in der Forderung gipfelte, sich zuerst zu organisieren und dann einerseits durch den Druck auf die Gesetzgebung, andererseits durch die korporative Aktion der Masse gegen die Unternehmer Verbesserungen zu erlangen, brachte wenig Wirkung hervor. Seine Resolution, die unter anderem die Sympathie für die sozialistische Partei betonte, die auf einem anderen Terrain die Verbesserung der ökonomischen Bedingungen des Proletariats wie die vollständige Umgestaltung der bestehenden ungerechten Gesellschaft anstrebte, fand nur die Unterstützung der Textilarbeiter.

In der Internationale der Textilarbeiter spielte Victor Renard gleichfalls eine bedeutende Rolle, und er wurde auf ihren letzten Zusammenkünften, an denen er wegen seiner Krankheit nicht mehr teilnehmen konnte, schmerzhaft vermisst, auf dem internationalen Textilarbeiterkongreß in Blackpool (1914) um so schmerzlicher, als es dort schon feststand, daß er nur noch Monate lang zu leben haben würde und für immer von ihr Abschied genommen habe.

Mit der bedauernswerten Familie Renards — er hinterließ eine um ihn treusorgende Gattin, was wir zu beobachten selber Gelegenheit hatten, einen erwachsenen Sohn, der möglicherweise schon zum Opfer des Krieges geworden ist, und eine erwachsene Tochter — trauert nicht nur das klassenbewußte Proletariat ganz Frankreichs, sondern mit ihm auch die gesamte Textilarbeiterschaft unserer Richtung ganz Europas an seinem Grabe.

Was uns persönlich anlangt, so verlieren wir in Renard einen aufrichtigen Freund, der uns allezeit unvergeßlich bleiben wird.

Gefährliche Hoffnungen.

Man kann es sehr wohl verstehen, daß bei der langen Dauer des furchterlichsten aller Kriege die Bevölkerung aller kriegführenden Staaten immer aufgeregter wird. Es werden immer mehr Männer in den Kriegstrudel hineingezogen und zu Hause leidet die werktätige Bevölkerung infolge der enormen Teuerung große Not. Eine solche Situation wird natürlich den Mißmut um so mehr steigern, je mehr sich in den Köpfen der Bevölkerung der Glaube festsetzt, es hätte ein Mittel gegeben, diese furchtbare Katastrophe abzuwenden, nur sei dieses Mittel nicht angewandt worden. Wir haben bereits in den letzten Nummern des „Textilarbeiters“ gesagt, daß es Leute gibt, die annehmen, aggressive Massenaktionen des sozialistischen Proletariats hätten das große Weltunglück von der Menschheit abwenden können. Das Ausbleiben solcher Aktionen hat in den Kreisen der Leute, welche diese Aktionen erwarteten, entmutigend und lähmend gewirkt. Sehr zu Unrecht! Wir haben bereits auseinandergesetzt, daß solche gewalttätigen Massenaktionen gar nicht in Frage kommen konnten; nicht nur nicht, weil sie kein taktisches Mittel der Sozialdemokratie sind, sondern auch, weil ein Gelingen solcher Massenaktionen nicht im Bereich der Möglichkeit liegt. In der Nr. 9 der „Neuen Zeit“, vom 28. Mai 1915, verweist Kautsky in seinem Artikel „Nochmals unsere Illusionen“, auf Seite 264/265, darauf hin, daß er es schon früher für verderblich gehalten habe, entweder in der Partei oder in den Massen Erwartungen in bezug auf Massenaktionen für bestimmte Gelegenheiten und Zeitpunkte — im Wahlrechtskampf, in der Bekämpfung des Krieges — hervorzurufen, Erwartungen, von denen man nicht sicher sein konnte, daß sie beim Eintritt solcher Zeitpunkte auch in Erfüllung gehen würden. Damit bekundet Kautsky, daß nicht die Gewerkschaften schuld sind, wenn die Erwartungen mancher Leute getäuscht wurden. Kautsky verweist auf seine Broschüre „Der Weg zur Macht“, wo er auf Seite 112 gesagt habe:

„Niemand war es schwieriger wie jetzt, Formen und Tempo der kommenden Entwicklung (des proletarischen Klassenkampfes) vorauszusagen, wo alle in Betracht kommenden Faktoren, das Proletariat ausgenommen, so unbestimmt und unberechenbar sind. Sicher ist nur die allgemeine Unsicherheit.“

Damit ist gesagt, daß es total falsch ist, sich für bestimmte Gelegenheiten lange vorher taktisch festzulegen. Denn die Taktik für eine bestimmte Gelegenheit wird nicht bestimmt durch den Zeitpunkt, wo diese Gelegenheit eintritt, sondern sie wird bestimmt durch die Zeitumstände, unter denen sie eintritt. Diese Zeitumstände lassen sich aber nicht voraussehen, und daher besagt die gesunde Vernunft, sich nicht vorher taktisch festzulegen.

Im vorliegenden Falle wäre selbst dann der Krieg nicht verhindert worden, wenn der gewalttätige Aufstand in Deutschland gelungen wäre. Heute, wo die historischen Begebenheiten dieses Weltkrieges für den Zeitraum von 10 Monaten hinter uns liegen, liegt doch die Möglichkeit vor, zu prüfen, was geschehen wäre, wenn es dem deutschen Proletariat gelang, beim Ausbruch des Krieges einen gewalttätigen Aufstand siegreich durchzuführen. Geschehen wäre nicht die Verhinderung des Krieges, sondern die Öffnung der Landesgrenzen für die Kriegesfurie. Die Verhinderung des Krieges konnte nur dann durch einen siegreichen Aufstand erfolgen, wenn ein Aufstand nicht nur in Deutschland, sondern in allen kriegführenden Ländern siegreich war. Welche Garantien bestanden dafür, als am 3. August 1914 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das erstmalig zu dem Kriege Stellung nahm? Gar keine! Als kriegführende Länder — denn der Krieg war schon ausgebrochen — standen sich damals gegenüber: Deutschland und Oesterreich einerseits und Serbien, Rußland und Frankreich andererseits. Lassen wir einmal das kleine Serbien außer Betracht und nehmen wir an, das Proletariat Deutschlands und Oesterreich-Ungarns hätte gemeinsam operiert. Wie lagen da am 3. August 1914 die Verhältnisse hinsichtlich der Garantie für das Unternehmen von Massenaktionen zur Verhinderung des Krieges in den kriegführenden Ländern? Von dem französi-

sehen Proletariat erfuhr die Reichstagsfraktion durch einen nach Paris gefandten Kurier, daß nicht darauf zu rechnen sei, daß die französische sozialdemokratische Kammerfraktion die Kriegskredite ablehnen werde. Die öffentliche Meinung in Paris stehe schon unter dem Eindruck der Neutermeldungen, die Frankreich als von Deutschland angegriffen bezeichneten, so berichtete der zurückgekehrte Kurier.

Wie das englische liberale Blatt „Manchester Guardian“ in seiner Kriegsgeschichte mitteilt, war diese falsche Neutermeldung in Paris darauf zurückzuführen, daß man in Frankreich die am 29. Juli 1914 in Rußland erfolgte Mobilmachung verschwieg. Dadurch kam es, daß man in Paris das Vorgehen Deutschlands gegen Rußland falsch beurteilte. Hätte man in Paris mitgeteilt, daß Rußland am 29. Juli 1914 gegen Deutschland die Mobilmachung beschlossen habe, dann hätte man auch in Paris herausgefunden, daß nicht Deutschland, sondern Rußland der zum Kriege treibende Teil sei. Aber die Tatsache der russischen Mobilisation verschwieg man dem französischen Volke; man teilte ihm nur die Ultimatus der deutschen Regierung gegen Rußland und Frankreich mit, und erreichte damit die Annahme, daß es Deutschland sei, welches Rußland und Frankreich mit Krieg überfalle. So die Darstellung des englischen liberalen Blattes; eine Darstellung, die es erklärlich macht, warum das französische Proletariat zu Beginn des Krieges nicht daran dachte, durch gewalttätige Massenaktionen dem Kriege entgegenzuwirken. Dadurch war aber gerade dasjenige Proletariat, auf das hinsichtlich einer revolutionären Erhebung im kriegführenden Ausland am stärksten gerechnet werden konnte, von vornherein ausgeschlossen. Na und von dem russischen Proletariat war doch von vornherein in dieser Beziehung nichts zu erwarten.

Wäre nun unter solchen Umständen in Deutschland-Oesterreich eine gewalttätige Massenaktion unternommen worden, dann hätte sie uns nicht vor dem Kriege bewahrt, denn die russischen und französischen Regimenter wären marschiert und die Folge wäre gewesen, daß diese Massenaktion für das deutsche Volk gerade dann recht verhängnisvoll geworden wäre, wenn die Massenaktion im weitesten Umfang gelang. Wir hätten dann nicht den Krieg verhütet, sondern nur erreicht, daß Deutschland heute der verwüdete Schauplatz des Krieges wäre. Während es uns gelungen wäre, den Kriegsansatz zur Untätigkeit zu zwingen, wären die kriegerischen Scharen Rußlands und Frankreichs von Ost und von West über die blühenden Fluren Deutschlands gestrütet.

Wie stände wohl heute die deutsche Sozialdemokratie da, wenn sie so gehandelt hätte! Versetze man sich nur einmal einen Augenblick in die eben bezeichnete Situation; eine Situation, die nach dem historischen Verlauf der Begebenheiten eingetreten wäre, wenn das deutsche Proletariat, vertrauend auf das Proletariat der anderen Länder, zum gewalttätigen Aufstand geschritten wäre.

Nehmen wir einmal an, die deutsche Sozialdemokratie hätte im guten Glauben daran, daß auch das französische Proletariat sich erheben werde, eine gewalttätige Massenaktion durchgeführt. Und nehmen wir an, alles hätte großartig geklappt. Keine Eisenbahnzüge wären zur Grenze gefahren und niemandem wäre es eingefallen, der Mobilmachung Folge zu leisten. Jubelnd hätte das Volk ausgerufen: Hoch die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie! Hoch die Ketterin des Weltfriedens! Und dann, mitten hinein in unsere Freude über den Sieg des Volkes im Kampfe zur Verhinderung des Krieges, wären im Osten und im Westen in unserem Lande geplatzt die Granaten und Brandkugeln der russischen und französischen Soldaten. Stelle man sich nur einmal einen einzigen Augenblick vor, was für eine furchtbare Wirkung dies in unserem Volke ausgelöst hätte. Die Zerstörung des Vertrauens zum internationalen Sozialismus wäre im deutschen Volke für immer in der gründlichsten Weise erfolgt, wenn nachher bekannt wurde, daß, während wir den gewalttätigen Aufstand siegreich durchführten, die sozialdemokratische Kammerfraktion in Frankreich die Mittel zum Kriege vorbehaltlos und einstimmig bewilligte.

Ist denn jemand, der zu bestreiten wagt, daß es so gekommen wäre? Wir haben es ja alle erlebt, daß die sozialdemokratische Kammerfraktion Frankreichs, ohne ein Wort der Motivierung zu sagen, die Kriegskredite bewilligt hat; wenn auch vielleicht unter dem Eindruck der verlogenen Neutermeldung über den Beginn des Krieges. Ist jemand, der zu bestreiten wagt, daß, nachdem es so gekommen, in Deutschland auf Generationen hinaus die sozialdemokratische Bewegung vernichtet gewesen wäre? Die heute lebenden Menschen in Deutschland, auch ihre nächsten Nachkommen, würden nie vergessen, welche schändlicher Verrat an ihnen begangen wurde. Denn an Furchtbarkeit wären die Folgen dieses Verrates für das deutsche Volk und für die deutsche Kultur nicht auszudenken.

Und wenn das ganze Volk die Geldentrolle der Sansculotten*) von 1792 übernommen hätte, bei der modernen Waffentechnik würde es ihm nie möglich geworden sein, das Versäumnis nachzuholen und die feindlichen Heere aus dem Lande zu werfen. Deutschland, im Innern durch die vorausgegangene Aktion zur Verhinderung des Krieges desorganisiert, wäre nicht mehr imstande gewesen, das in der Verteidigung des Landes Versäumnis nachzuholen, die Franken der feindlichen Staaten hätten ihm die Existenz erdrückt. Die Zerstückelung Deutschlands, die Zertrümmerung der notwendigen Basis für den Kampf und den Sieg des Proletariats, wie Kautsky sagte, wäre mit Sicherheit erfolgt. Wer möchte wohl dann das beispiellose Elend sehen, das unter solchen Umständen heute in Deutschland herrschen würde! Schon heute fordert der Krieg Blutopfer unerhört, aber Sektatomben von Blutopfern, nicht nur unter den wehrfähigen Männern, sondern unter den Nichtkombattanten, würde er gefordert haben, wenn die feindlichen Heere von allen Seiten in das dichtbevölkerte Land einbrechen konnten. Eine Flucht vor der Invasion wäre unmöglich gewesen, da das Land von allen Seiten überflutet worden wäre. Auch wäre es nicht möglich gewesen, die Kombattanten durch entsprechende Kleidung von den Nichtkombattanten kenntlich zu machen, weil weder Zeit noch Material dafür vorhanden gewesen wäre. Das hätte zur Folge gehabt, daß an dem ganzen Volke die Abschreckungsaktionen des Frankfurterkrieges vorgenommen wurden. Nur dadurch, daß der Krieg unser Wirtschaftsleben hinsichtlich der Ausrüstung der Soldaten nicht störte, war es möglich, wenn auch anfangs mit großen Schwierigkeiten, die in den Krieg ziehenden Männer richtig auszurüsten. Würde aber der Krieg von allen Seiten ins Land gebracht, dann war die Ausrüstung nicht möglich, und dann begannen die furchtbaren Schrecken des Frankfurterkrieges und seiner Vergeltung. Belgien, Ostpreußen, Polen und Galizien reden doch wahrlich eine furchtbare Sprache. Und was geschehen wäre, wenn Kosaken, Tataren, Turkos, Zuanen, Senegalesen und Gurkhas auf die deutsche Bevölkerung losgelassen worden wären, das brauchen wir nicht erst hervorzuheben.

Nein! Nicht nur eine trügerische, sondern eine sehr gefährliche Hoffnung ist es gewesen, welche diejenigen Leute genährt haben und zum Teil heute noch nähren, die da meinen, mit einem gewaltsamen Aufstande in Deutschland hätte der Weltkrieg im Keime erstickt werden können.

Der Teufel kann nicht mit Beelzebub ausgetrieben werden.

„Burgfriedliches“ aus der Textilindustrie Bayerns.

Auch in Bayern haben eine Anzahl Textilunternehmer nicht beachtet, was die verbündeten Regierungen Deutschlands hinsichtlich der Entlohnung der Arbeiter zu beachten nahegelegt hatten. Als selbstverständlich wurde in Regierungskreisen angenommen, daß in der schwierigen Zeit des Krieges keine Lohnreduzierungen vorgenommen werden. Um dies auf jeden Fall zu ermöglichen, war, wie Zeitungsmeldungen besagen, für Heeresaufträge ein Zuschlag von 20 Proz. gewährt worden. Es sollte eben verhindert werden, daß Lohnstreitigkeiten ausbrechen, wodurch die rechtzeitige Ausrüstung der neu aufzustellenden Heeres Teile verhindert worden wäre. In einer solchen Kundgebung der Regierung hieß es daher:

„Lieferanten, die das Ueberangebot von Arbeitskräften ausnutzen und den Arbeitern ganz niedrige Löhne zahlen, sind, sobald dies bekannt wird, zu verurteilen, daß sie von ferneren Lieferungen ausgeschlossen werden müßten, wenn sie fortfahren sollten, die Löhne zu drücken.“

Es wird niemand bestreiten können, daß schon in Friedenszeiten die Löhne der meisten Textilarbeiter, und insbesondere der Textilarbeiter in ganz Bayern, ganz niedrige gewesen sind. Wenn nun während der Kriegszeit daran noch herumreduziert wurde, so war ohne weiteres der Fall gegeben, daß Lieferanten das Ueberangebot von Arbeitskräften ausnutzten, um ganz niedrige Löhne zu zahlen, und es war der Fall gegeben, gegen solche Lieferanten vorzugehen.

Das machte sich auch in Bayern nötig. Leider aber hat der Verlauf dieser Kampagne bewiesen, daß die großen Herren, in deren Händen ein gut Teil der Aufgabe liegt, für die Durchführung der Regierungsmaßnahmen zu sorgen, im großen und ganzen versagt haben. Wir werden hierfür den Beweis antreten, indem wir den Schriftwechsel wiedergeben, der zwischen unserer Orts- und Gauverwaltung einerseits und dem bayerischen Kriegsministerium sowie dem Königl. Gewerbeamt für Schwaben und Neuburg andererseits ausgetauscht wurde.

Zunächst sei der Tatbestand festgestellt, der zeigt, wie manche Unternehmer die Situation zu nützen wußten. Die Firma A. N. Kiedinger, Mechanische Buntweberei in Augsburg, hatte einen großen Posten baumwollene Leeden, Tornierstoffe, Semdenflanell usw. für das Heer übernommen; allerdings nicht — was erst später bekannt wurde — von der Heeresverwaltung direkt, sondern von Zwischenpersonen. Das Quantum war so groß und dringend, daß die Betriebsleitung zu ganz ungewöhnlichen Maßnahmen griff, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Sie setzte nicht nur bis zu acht Ueberstunden pro Woche fest, sondern schlug eine Bekanntmachung an, in der sinngemäß gesagt wurde, daß mit der Entlassung zu rechnen habe, wer für seine Stühle weniger als 75 Proz. Nuzeffekt auszuweisen habe. Man muß hierbei bedenken, daß es sich um eine Buntweberei handelt, und daß das Material jetzt nicht besser, sondern mangelhafter ist; da ist ein Nuzeffekt von 75 Proz. bei dem Bestuhlsystem eine ganz unerhörte Zumutung. Es ist eine Ausnutzung der Arbeitskraft schädlichster Art, aber auch eine Maßnahme gewesen, welche

direkt gegen die Maßnahmen verstieß, die von der Regierung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit angeordnet worden waren. Es sollten mehr Arbeiter eingestellt werden, um an Stelle von Ueberstunden mehr Arbeitern Einkommen zu gewähren. In Augsburg wandte sich unsere Gau- und Ortsverwaltung an den Verband Süddeutscher Textilarbeiter sowie an den Oberbürgermeister mit Eingaben, in welchen auf die Schädlichkeit und Verkehrtheit des Verhaltens der genannten Firma hingewiesen und Abhilfe verlangt wurde. Der Unternehmerverband aber fand nichts Unbilliges darin, daß die Firma 75 Proz. Nuzeffekt verlangte. Im übrigen hieß es, daß Mangel an geeigneten Webern bestehe, und je mehr dieser verschwinde, zur normalen Arbeitszeit zurückgeführt werden würde.

Auch mit Hilfe des Herrn Oberbürgermeisters war nichts auszurichten. Unsere Ortsverwaltung hatte ihm als Entgegnung auf die Bemerkung des Unternehmerverbandes, daß ein Mangel an geeigneten Webern bestehe, mitgeteilt, daß sie mehrere für diese Arbeit geeignete Weber an die Firma verwiesen habe, sie hätten aber keine Arbeit bekommen. Der Herr Oberbürgermeister hat daraufhin Erkundigungen eingezogen und mitgeteilt, daß ihm von einer sachkundigen Persönlichkeit mitgeteilt worden sei, die Abweisung von Arbeitssuchenden habe vermutlich daran gelegen, daß die Bewerber nach Ansicht der Fabrikleitung für die dort vorhandene Arbeit nicht geeignet waren. In anderen Fällen waren wieder andere Ursachen schuld, zum Beispiel momentaner Mangel an Zetteln, Material oder dergleichen. An Ausreden bestand also kein Mangel, aber auch nicht an geeigneten Webern; das wollen wir noch einmal hervorheben. Die Arbeiterschaft ersieht aber nun wenigstens, wie es gemacht wird.

Die Mech. Weberei am Fichtelbach in Augsburg hatte für Militärartikel Lohnreduzierungen vorgenommen und noch weitere in Aussicht gestellt. Am 13. Oktober 1914 sandte dieserhalb unsere Augsburger Ortsverwaltung eine Eingabe an das bayerische Kriegsministerium. Von dort traf am 7. November 1914 ein Bescheid ein, in dem es hieß:

„Die gepflogenen Erhebungen haben ergeben, daß die von der Mech. Weberei am Fichtelbach in Augsburg vorgenommenen Lohnföhrungen für Körper einwandfrei sind und daß im übrigen Lohnföhrungen nicht stattgefunden haben.“

Die Beschwerden in der Eingabe wurden daher als unbegründet angesehen. Also Lohnreduzierungen waren vorgenommen worden, aber sie waren einwandfrei, nach Ansicht des Königl. Bayerischen Kriegsministeriums. Darüber freilich die Arbeiter anderer Meinung. Es kam nicht darauf an, festzustellen, ob die Lohnreduzierungen einwandfrei waren. So etwas gibt es ja gar nicht. Keine Lohnreduzierung ist einwandfrei.

Als dritte im Bunde trat die Firma Weber u. Ott in Fürth auf, die in einer Reihe bayerischer Orte Zweigbetriebe hat und die Militärartikel anfertigte zu Löhnen, daß man das Grausen bekommen kann, wenn man davon hört.

Folgende Eingabe unserer Gauleiter Hugo Dressel und Josef Feinhals zeigt, wie die Tatsachen lagen:

Blauen, den 17. Februar 1915.
Titl. Firma Weber u. Ott,
Fürth i. B.

Mit Gegenwärtigem erledigen wir uns eines von Ihrer Arbeiterschaft gewordenen Auftrags und ersuchen die geehrte Firma, die Löhne für Militärartikel so zu erhöhen, daß sie den Löhnen, die anderwärts für die gleichen Artikel gezahlt werden, entsprechen.

Sie zahlen zum Beispiel für den Artikel Zeltstoff, 100 Zentimeter breit, 21 Schuß pro Zentimeter, 2100 Kettfäden, 4,9 Pf. pro Meter, währenddem andere Firmen für den gleichen Artikel 14 Pf. pro Meter und mehr bezahlen. Dabei ist dies bei Ihnen noch der bestentlohnteste Artikel. Sie werden ohne weiteres selbst zugeben müssen, daß dies ein Mißverhältnis ist, welches der sofortigen Aenderung bedarf. Wir wollen ausdrücklich bemerken, daß dieses Mißverhältnis bei allen Artikeln obwaltet. Die Unterschiede betragen bei allen Militärartikeln 50 bis 60 Prozent.

Ferner haben Sie mit Ausbruch des Krieges in Ihren sämtlichen Betrieben die Bezahlung für Warten auf Material und dergleichen aufgehoben. Dies kommt einer direkten Lohnföhrung gleich.

Ihre Arbeiterschaft beklagt sich deshalb mit Recht, daß die Verdienste in keiner Weise der geleisteten Arbeit entsprechen, geschweige denn den Anforderungen, die das Leben an die Arbeiterschaft stellt, genügen. Wir glauben, daß dieser Hinweis Sie zu einer anderen Regelung der Lohnverhältnisse veranlaßt und bemerken, daß die Unterzeichneten jederzeit bereit sind, mit Ihnen über die Differenzpunkte persönlich zu verhandeln. Wir erwarten deshalb umgehend Ihre geschätzte Rückäußerung und zeichnen

mit aller Hochachtung
Für den Deutschen Textilarbeiter-Verband:
Hugo Dressel, Gauleiter, Blauen i. B.
Josef Feinhals, Gauleiter, Augsburg.

Die Firma Weber u. Ott hatte im letzten Geschäftsjahre einen Reingewinn von 842 023 Mk., gegen 609 227 Mk. im Vorjahre, bei 325 000 Mk. Abschreibungen, gegen 200 000 Mk. Abschreibungen im Vorjahre. Der Krieg hat also auch bei dieser Firma einen reichen Dividendenregen gebracht.

Da keine Antwort an die Gauleiter unseres Verbandes einging, überreichten dieselben am 29. März 1915 im Beisein der beiden Herren Landtagsabgeordneten Gentner und Krenner nachstehende Eingabe persönlich im bayerischen Kriegsministerium:

An das Kgl. Bayer. Kriegsministerium
z. H. des Herrn Kriegsministers Freiherrn v. Kressenstein
München.
Ew. Erzellenz!

Die ergebensten Unterzeichneten erlauben sich hiermit im Auftrage der Arbeiterschaft der Firmen Mechanische Weberei am Fichtelbach in Augsburg, Spinnerei und Buntweberei Pferssee in Augsburg, Weber u. Ott, Akt.-Ges., Baumwollweberei in Fürth, nachstehende Beschwerde dem hohen Ministerium zur Kenntnis und gest. Prüfung zu unterbreiten.

Bei den genannten Firmen wurde bis zum Ausbruch des Krieges an die Weber und Weberinnen eine Vergütung für Warten auf Material oder Stuhlreparaturen von 6 resp. 10. Stunde ab in der Höhe von 10 Pf. für jeden schmalen und 15 Pf. für jeden breiten Stuhl pro Stunde bezahlt. Sofort bei Kriegsausbruch wurde diese Vergütung aufgehoben. Dies kommt einer Lohnreduktion bis zu 6 Mk. in 14 Tagen gleich.

Die Mech. Weberei am Fichtelbach in Augsburg zahlte für Drell 25/17 bis zum Kriegsausbruch pro 100 Meter 3,70 Mk., jetzt 3,40 Mk., also weniger 30 Pf. Für Drell 25/18 trat ein Lohnabzug von 10 Pf. pro 100 Meter in Kraft. Beide Artikel sind uns als Militäraufträge bekannt.

Bei der Firma Spinnerei und Buntweberei Pferssee in Augsburg wurde vor Kriegsausbruch in der Fleherei bei Warten pro Stunde 17 Pf. bezahlt. Diese Vergütung wurde aufgehoben. Es bedeutet dies den Verlust von zwei Tagesverdiensten in zwei Wochen für alle Arbeiterinnen. Bei Erkrankung einer Fleherin müssen die Mitarbeiterinnen deren Maschinen mit bedienen und erhalten in diesem Falle statt 28 Pf. nur 21 Pf. pro Punkt. Dieses ist eine Reduzierung der Akkordföhe um 25 Proz.

In der Weberei derselben Firma wurde der Artikel, früher benannt R a 28, jetzt N 12, ein sehr eiliger Futterstoffartikel, früher mit 3,84 Mk., jetzt mit 3,26 Mk. entlohnt. R öper R 14 wurde früher auf den alten Stühlen mit 3,20 Mk. entlohnt, jetzt zahlt man auf neuen Stühlen nur noch 2,20 Mk. Croise, früher benannt 1877, jetzt 1872, wurde mit 2,35 Mk., jetzt mit 2,25 Mk. pro 100 Meter bezahlt. Webern, die zwei breite und zwei schmale Stühle bedienen, ist seit Kriegsausbruch ein Lohnabzug von 10 Proz. gemacht worden.

Die Weberei der Firma Weber u. Ott (Zitlalen: Erlangen, Forchheim, Wunsiedel, Marktredwitz und Brand) klagt nicht nur allein über die schon eingangs angeführte Abschaffung der Vergütung bei Warten, sondern auch über die überaus niedrigen Akkordföhe bei den Militärartikeln.

Wir haben uns durch Vergleiche davon überzeugt, daß bei allen außerbayerischen Firmen durchweg 50 Proz., ja noch darüber, mehr gezahlt wird. Zum Beispiel der Artikel Zeltstoff: 100 Zentimeter breit, 21 Schuß pro Zentimeter, 2100 Kettfäden, 20/2 Kette, 20/2 Schuß wird bei der Firma Weber u. Ott mit 4,9 Pf. bezahlt. Die Firma Reinhold u. Sohn in Plauen zahlt für denselben Artikel 12,5 Pf. In Greiz-Gera, Meerane werden für den gleichen Artikel im Durchschnitt 14 Pf. pro Meter bezahlt. Ebenfalls zahlt Zitta u. in der Lausitz einen bedeutend höheren Lohn für diesen Artikel.

Ferner werden die Artikel Unterhosenstoffe und Bettzeuge bei der Firma Weber u. Ott in der gleich niedrigen Weise bezahlt, so daß die Verdienstmöglichkeiten für die Weber außerordentlich gering sind. Bei dem allen muß in Betracht gezogen werden, daß die zu verarbeitenden Materialien seit Kriegsausbruch an Güte sehr verloren haben, wodurch die Leistungsmöglichkeit der durchweg in Akkord arbeitenden Weber und Weberinnen sehr beeinträchtigt wird.

Eine an die Firma Weber u. Ott gerichtete Eingabe, welche in Abschrift beiliegt, und in welcher das Ersuchen an die Firma gerichtet wurde, die gleichen Löhne, wie sie von anderen Firmen gezahlt werden, zu bewilligen, blieb leider unbeantwortet.

Die Unterzeichneten sehen sich nun gezwungen, einem hohen Bayerischen Kriegsministerium vorschendes mit der Bitte um Abhilfe zu unterbreiten.

Mit aller Hochachtung
zeichnen
Für den Deutschen Textilarbeiter-Verband:
Josef Feinhals, Augsburg, Uhlandstraße 26.
Hugo Dressel, Blauen i. B., Marktstraße 7.

Bis zur Stunde, wo wir das schreiben, ist noch keine Antwort an unsere Kollegen in Bayern aus dem Kriegsministerium angekommen. Wohl aber hat in der Zwischenzeit zwischen dem Königlichen Gewerbeamt Herrn Dr. Fikentscher und unserem Gauleiter Feinhals ein Schriftwechsel in dieser Angelegenheit stattgefunden, der dem Arbeiter bzw. Arbeiterin Anlaß geben wird, darüber nachzudenken, wie es wohl um die Arbeiterschaft bestellt sein würde, wenn sie nicht in ihren Berufsorganisationen eine starke Stütze hätten. Wir werden daher in nächster Nummer diesen interessanten Schriftwechsel veröffentlichten. Vielleicht löst das auch dem bayerischen Kriegsministerium die Sprache.

Mehr eigene Initiative bei Lohn- und Arbeitsfragen.

Bei Besprechungen über die zu unternehmenden Schritte zur Erlangung einer Teuerungszulage im Gaubezirk Gera kam es wiederholt zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Gauleiter und Kollegen aus einigen Orten über die Maßnahmen, die zum Ziele führen sollten. Jene Kollegen, wohnhaft in Orten, wo die Textilarbeiterschaft im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten numerisch schwach in unserem Verbandsverband vertreten ist, schlugen vor, die Arbeiterschaft nicht selbst vorgehen zu lassen, sondern den Verbandsvorstand zu beauftragen, die Forderungen an die Unternehmer einzureichen. Der Gauleiter war anderer Meinung, und unserem Erachten nach mit Recht. So wie die Dinge heute noch mit unserer Berufsorganisation liegen, bei ihrer verhältnismäßigen Schwäche und der Unentschiedenheit der Frage, ob der Verbandsvorstand als Vertretung der Arbeiter anerkannt wird oder nicht, ist der von jenen Kollegen empfohlene Weg wohl schwerlich der, der zu einem erfolgreichen Ziele führt. Wir haben eben immer mit der Wirksamkeit zu rechnen. Und so betrachtet, ist zu beachten, was uns die Vergangenheit als gute Praxis gelehrt hat. Der Gauleiter hat unbedingt recht, wenn er an dem Grundsatz festhält, daß es in der Regel die Beschäftigten selbst sein müssen, die ihre Forderungen mit dem Gauleiter aufstellen, begutachten und an die einzelnen Fabrikanten einreichen. Die Einreichung muß erfolgen durch den Arbeiterausschuß, und wo dieser fehlt, durch Ber-

*) Sansculotten nannte man zur Zeit der großen Französischen Revolution die revolutionären Bürger Frankreichs, weil sie im Gegensatz zu den Kniehosen (Culotten) tragenden Männern des Adels und der Geistlichkeit Hosen trugen, die bis zu den Füßen reichten. Sie waren die feindlichen Heere Frankreichs, mit denen der Bankrotte König Ludwig XVI. Krieg angezettelt hatte, um über seine Bankrottwirtschaft hinwegzukommen, aus dem Lande, und rechneten dann mit dem verlotterten Königtum ab.

trauensleute des Betriebes. Dadurch wird zunächst zweierlei erreicht: erstens, daß der Unternehmer nicht kommen und mit der Ausrede ausweichen kann, die Eingabe sei von betriebsfremden Leuten gemacht worden und gehe ihn nichts an. Zweitens, daß die Arbeiterchaft der Aktion von vornherein weit größeres Interesse entgegenbringt, wenn sie, anstatt den Verhandlungsvorstand handeln zu lassen, selber handelt. Das letztere ist ganz besonders wichtig. Jede Arbeiterin und jeder Arbeiter im Betriebe muß für die aufgestellte Forderung eintreten, wenn es not tut, mit der ganzen Existenz. Dazu ist notwendige Voraussetzung, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen von vornherein an dem Gange der Aktion interessiert werden, und interessiert werden sie daran, wenn sie von vornherein alle zu unternehmenden Schritte selber tun. Tun sie das, dann werden sie dem eventuellen weiteren Verlauf der Bewegung weit mehr Aufmerksamkeit schenken, wie wenn sie nur mittelbar beteiligte Personen sind. Wird die Forderung nur teilweise bewilligt oder abgelehnt, so ist eine neue Situation geschaffen, innerhalb der die Mitwirkung der Beschäftigten wiederum erforderlich ist, um das Weitere in befriedigendem Sinne zu veranlassen. Es muß also allerwärts für die Entwicklung größerer Initiative in den Kreisen der Arbeiter gesorgt werden. Der Auftrag zur Einreichung von Forderungen muß von den Beschäftigten ausgehen. Die Einreichung der Forderungen darf auch nicht durch die Post, sondern sie muß durch den Arbeiterausschuß bzw. durch eigens dazu gewählte Personen geschehen, die sich ebenso wie der Arbeiterausschuß bereit erklären müssen, die späteren Verhandlungen mit den Betriebsleitungen zu führen.

Auf diese Weise sind wir im Gaubezirk Gera vorwärts gekommen, und wir werden auch überall damit vorwärts kommen, wo die Arbeiterchaft die nötige organisatorische Stärke und damit den Mut zu eigener Initiative hat.

Wächst auf diese Weise der Erfolg des gemeinsamen Handelns und damit auch die Organisation, dann wird auch für unseren Verbandsvorstand die Zeit kommen, daß er als Verhandlungsorgan für die Interessen der Arbeiter im Lager der Unternehmer anerkannt werden muß. Also mehr Initiative!

Furchtbare Brandkatastrophe in der Scharfensteiner Baumwollspinnerei.

Kurz vor dem Pfingstfest ist das erzgebirgische Dorf Scharfenstein von einer furchtbaren Brandkatastrophe heimgesucht worden. In der dortigen Baumwollspinnerei entstand am Donnerstag vor Pfingsten, abends beim Ausrüden der Maschinen, ein Brand, der mit rasender Schnelligkeit um sich griff. In wenigen Minuten war das ganze Gebäude in ein Flammenmeer gehüllt. Die Maschinen in den sieben Sälen stürzten in die Tiefe, alles mit sich reisend. Die Rettung der in dem Gebäude befindlichen Arbeiter war durch die kolossalen Rauchschwaden ungemein erschwert; außerdem fehlte es, wie der „Volksstimme“ in Chemnitz mitgeteilt wurde, in dem Gebäude an Nottreppen, die doch unbedingt nötig sind. Diesem Fehlen der Nottreppen dürfte es zuzuschreiben sein, daß eine Anzahl Menschen in den Flammen umkamen. Nach dem Bericht der „Volksstimme“ waren etwa 250 Personen beschäftigt. Von ihnen wurden eine Anzahl mehr oder weniger schwer verletzt oder getötet.

Wenn der Bericht an die „Volksstimme“ die Tatsachen richtig wiedergibt, dann liegt hier wieder einmal ein ganz unbegreiflicher Fall von Nachlässigkeit gegenüber Arbeiterleben vor. Schon daß die Fabrik sieben, nach einer anderen Lesart gar acht Stodwerke im Betrieb haben konnte, ist geradezu unfassbar. Unfassbarer jedoch — um einen schärferen Ausdruck zu vermeiden — wäre es, wenn die Behörden übersehen hätten, daß keine Nottreppen vorhanden waren. Es wird hoffentlich eine strenge Untersuchung eingeleitet werden, um die Schuldigen an dem Fehlen dieser Rettungsmittel wegen schwerer Körperverletzung und Tötung von Menschen zur Rechenschaft zu ziehen. Weiter wird es nötig sein, daß Umschau gehalten wird, um festzustellen, ob etwa in den sächsischen Gebirgstälern oder anderwärts noch mehr solche feuergefährliche Wolkenfräzer bestehen. Mehr wie vier Stagen dürften unter keinen Umständen zum Spinnereibetriebe, ja zum Arbeiten von Menschen überhaupt zugelassen werden. Und dann versteht es sich von selbst, daß geeignete Maßnahmen zur Rettung aus Feuergefahr vorhanden sein müssen, und zwar Rettungsleitern nicht nur, sondern auch mechanische Einrichtungen zur Löschung des Brandes. War denn keine Regenvorrichtung in den Spinnsälen angebracht, um diese unter Wasser setzen zu können, sobald das Feuer ausbrach? Sie kann nicht vorhanden gewesen sein, denn sonst könnte nicht berichtet werden, daß das Feuer mit rasender Schnelligkeit um sich gegriffen habe. Dann dürfte aber dieses furchtbare Unglück bewiesen haben, daß es unbedingte Notwendigkeit ist, allen Spinnereien vorzuschreiben, daß sie ihre Spinnäle mit einer Regenvorrichtung ausstatten, die entweder selbsttätig beim Vorhandensein gewisser Hitzegrade ihre Löschfähigkeit beginnt oder die durch außen angebrachte Einrichtungen von Menschenhänden in Tätigkeit gesetzt werden kann. Die Baumwollspinnereien stehen finanziell nicht ungünstig da; auch die genannte Spinnerei hat den Aktionären in den 23 Jahren reichlich 6 1/2 Proz. jährliche Dividende gebracht. Es muß also unbedingt verlangt werden, daß alles, was die Technik zur Verhütung solcher furchtbaren Katastrophen geschaffen hat, zur Anwendung kommt, um die Menschen, die in den Fabriken für die Kapitalisten Werte schaffen, gegen Tod und Verderben zu bewahren. Es muß dies in allen Betrieben erster Grundsatz sein; erst dann kommt die Frage der Rentabilität in Betracht. Leider ist früher bei der Errichtung von Fabriken vom umgekehrten Standpunkt aus verfahren worden. Erst kam die Berücksichtigung der Rentabilität und dann, wenn es die Rentabilität, d. h. die Erraffung eines hohen Profits, noch ermöglichte, tat man auch etwas, beileibe nicht alles, zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter. Und so kam es, daß Fabriken, wie dieser abgebrannte Wolken-

fräzer, gebaut wurden ohne solche Schutzmaßnahmen. Die Scharfensteiner Brandkatastrophe, bei der acht Arbeiter und Arbeiterinnen ums Leben gekommen sind, wird ein schwarzes Blatt sein in der Geschichte der sächsischen Fabrikaufsicht. Immer vorausgesetzt, daß der Bericht der Chemnitzer „Volksstimme“ den Tatsachen entspricht, zeigt diese furchtbare Katastrophe, daß die sächsische Fabrikaufsicht nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe ist. Es wird Sache der Arbeitervertretung im sächsischen Landtage sein, den Scharfensteiner Fall zum Anlaß einer Debatte zu machen, um einmal festzustellen, wo und an was es fehlt. Die Todesopfer der Scharfensteiner Baumwollspinnerei stehen da als Ankläger der unhaltbaren Zustände.

Es wird uns zu dem Brande aus Fachkreisen geschrieben: Neben einer Reihe leicht und schwer Verletzter fanden sieben Arbeiter den Tod. Eine Frau ist später noch ihren Verletzungen erlegen, so daß dieses Brandunglück bisher acht Opfer gefordert hat. Wäre bei Ausbruch des Feuers der Betrieb noch voll beschäftigt gewesen, dann wäre die Zahl der Opfer wahrscheinlich noch weit höher. Beim Vorhandensein einer ins Freie führenden Notterrasse hätten die Menschenopfer erspart bleiben können. Die Unglücklichen sind nicht verbrannt, sondern erstickt, weil der dicke Rauch in dem hohen Gebäude keinen Abzug hatte. Da die Treppenhäuser an den Giebelwänden vorhanden waren, so brauchten nur Türen an der Giebelwand angebracht und eine Treppe außen angelegt zu werden, und das Unglück wäre vermieden worden.

2 Millionen Mark Brandschaden in deutschen Textilfabriken im 1. Vierteljahr 1915.

Anlässlich des Niesenbrandes der Scharfensteiner Baumwollspinnerei in Scharfenstein bei Chemnitz, bei dem der Brandschaden über 1 Million Mark betrug, schreibt der „Konfektionär“, dürfte es interessant sein, festzustellen, daß gerade das Jahr 1915 schon eine besonders große Anzahl von großen Bränden in deutschen Textilfabriken gebracht hat. Der durch diese Brände verursachte Schaden beläuft sich über 2 Millionen Mark. Von größeren Bränden waren im ersten Vierteljahr 1915 zu verzeichnen:

	Schaden ca. Mark
Gebr. Nebel, Baumwollwarenhandlung in Plauen	310 000
W. Strauch, Spinnerei in Rottbus	65 000
Wilh. Müller, Tuchfabrik in Rottbus	160 000
Wollspinnerei in Rottbus	300 000
Germ. Emil Ernst, Färberei, Bleicherei in Oberfrohna	170 000
Oberfrohnaer Akt.-Ges. für Fabr. von Lignoje, Schießwolle in Kruppamühle	270 000
Germ. u. Emil Zahn, Tuchfabrik und Weberei in Neudamm	125 000
Teppichfabrik Körting u. Worde, Sameln	67 000
Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei, Chemnitz-Kappel	50 000
Gubener Wollspinnerei F. Aug. Seyer, Guben	142 000
Gustav Jehn, Tuchfabrik und Streichgarnspinnerei in Saupeisdorf	235 000
Wedburger Woll-Industrie A.-G. in Wedburg	140 000

Krieg, Mode und Arbeiterfrauen.

In der bürgerlichen Frauenliteratur nimmt die Stellung der Interessenten zur Schaffung einer deutschen Mode gegenwärtig einen breiten Raum ein. „Nos von Paris“ ist der Kriegsruf, der hier erschallt. Es wird versucht, eine Frauenkleidung herzustellen, die dem deutschen Geschmack und der deutschen Eigenart gerecht wird und nebenbei der deutschen Kleiderindustrie und den damit in Verbindung stehenden Verufen größere Absatzgebiete bringt. Verschiedentlich sind bereits Vorführungen und Ausstellungen deutscher Moden veranstaltet worden, die zum Teil ebensowenig Einfachheit und Zweckmäßigkeit — auch Geschmack — zeigten, als die bisher unter dem Namen „Pariser Moden“ von den Damen mit großem Geldbeutel getragenen Kleider, Mäntel und Hüte.

Die Arbeiterfrauen und -töchter stehen diesen Dingen ziemlich gleichgültig gegenüber, und sie würden sich wohl kaum eines Lächelns erwehren können, wenn sie den Eifer beobachten, der den geschilderten Bestrebungen gewidmet wird. Neben ernst zu nehmenden Menschen, die einen bestimmten Zweck dabei verfolgen, interessieren sich hauptsächlich solche dafür, die in den Modeshäusern jetzt echte japanische Kimonos kaufen und ohne schottische Bänder und Kleiderstücke, die nach Farbe und Schnitt den eigenartigen Rücken der schottischen Hochländertruppen nachgebildet sind, nicht leben können. Darneben entrißten sie sich dann, wenn man nach alter Gewohnheit beim Abschied „Adieu“ sagt und im Lokal ein Tartarbeeffer verlangt, anstatt rohes Hackfleisch zu fordern. Dadurch kann eine Saube, die zweifellos viel Berechtigung hat, leicht der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Wenn es gelingen sollte, die deutschen Frauen dahin zu bringen, daß sie ihren Bedarf an Kleidung im eigenen Lande decken, würde unsere Bekleidungsindustrie sicher einer ganzen Anzahl mehr Personen Arbeitsgelegenheit geben können.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir aber nicht unterlassen, einen Mißstand zu erwähnen, der sich auch in Arbeiterkreisen zeigt. Es ist Mode geworden, die kleinen Zungen wie Soldaten herauszuputzen. Das sollten aufgeklärt sein wollende Eltern nicht tun.

Die Soldatenuniform erinnert uns überall, daß Hunderttausende junger und gesunder Männer ihr Leben täglich und stündlich in die Schanze schlagen und fern von der Heimat und von ihren Angehörigen auf den Schlachtfeldern verbluten müssen. Deshalb paßt die Uniform und alles was dazu gehört nicht für Kinder als Spielzeug, ganz abgesehen davon, daß die armen Zungen manchmal darin wie kleine Affen aussehen.

In einer süddeutschen Stadt hat ein Bürgermeister für Kinder das Uniformtragen verboten. An anderen Orten ist den Kindern untersagt worden, in solchen Aufzügen in die Schule zu kommen.

Es ist bedauerlich, daß in so ernsten Zeiten solche Verbote überhaupt notwendig sind.

Kriegsgewinne.

Während die Masse des Volkes in allen Ländern während des Krieges bitter Not leidet, schöpfen gewisse industrielle Unternehmungen gerade durch den Krieg aus dem Vollen. Zu diesen dürften namentlich die Großschlachtereien und Wurstfabriken gehören, denn der Verkauf der zu billigen Einkaufspreisen hergestellten Dauerware vollzieht sich erst geraume Zeit später, so daß die Bestände aus dem Vorjahre vielfach erst im neuen Geschäftsjahre zur Abstoßung gelangen. Aber bereits das Geschäftsjahr 1914 brachte diesen Betrieben recht anständige Mehrgewinne. So konnte der Generalversammlung der Großschlachtereien, Wurstfabrik und Eiswerke Friedrich Ködenhoff in Duisburg-Muhrort ein Abschluß unterbreitet werden, wie er glänzender von dem Unternehmen noch niemals vorgelegt wurde. Dieses Unternehmen gehört an und für sich zu den gut rentierenden, denn es konnte in den letzten acht Jahren seine Dividende von 6 auf 12 Prozent steigern. Es arbeitet mit einem Aktienkapital von 500 000 Mk. und erzielte im Jahre 1914 einen Bruttogewinn von 1 003 940 Mark, gegenüber nur 495 234 Mk. im Vorjahre. Das Berichtsjahr, so bemerkt dazu der Vorstand in seinem Bericht, wurde maßgeblich beeinflusst durch den großen europäischen Krieg:

„Bis zu diesem Zeitpunkte verlief das Geschäft normal; die Viehpreise standen im Einklang mit den Verkaufspreisen, welche erzielt wurden. Bei Eintritt der Mobilmachung verfügte man über sehr große Lagerbestände, die es ermöglichten, die Seereslieferungen pünktlich auszuführen, zu denen man durch Verträge verpflichtet war. Im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres steigerte sich die Nachfrage nach den Fabrikaten derart, daß man mehr als das Vierfache des normalen Umsatzes in diesem Zeitraum erzielt habe. Zu dieser außerordentlich großen Leistung war man in stande dank der seit Jahren planmäßig durchgeführten Erweiterung und Verbesserung der gesamten Betriebseinrichtungen. Diesem Umstande sowie einer angestrengten Tätigkeit aller in dem Betriebe beschäftigten Mitarbeiter sei es zu verdanken, daß ein recht befriedigendes Ergebnis erzielt werden konnte. Auch im neuen Jahre habe man bis jetzt einen großen Umsatz zu verzeichnen.“

Aus dem Bruttogewinne werden zunächst sehr hohe Abschreibungen vorgenommen im Gesamtbetrag von 2 159 966 Mark, gegen nur 31 477 Mk. im Vorjahre. Allein auf Gebäude, die in der Bilanz für 1913 mit 340 000 Mk. zu Buche standen, sind 100 000 Mk. abgeschrieben und auf Maschinen wurden 76 579 Mk. abgeschrieben, so daß sie (der Geschäftsbericht für 1914 liegt uns nicht vor) jetzt wohl auf eine Mark abgeschrieben sind. Von dem Reingewinn von 284 334 (im Vorjahre 96 433) Mk., wobei der Vortrag aus dem Vorjahre mit eingerechnet ist, werden an die Aktionäre 30 Prozent Dividende gegen 12 Prozent in den drei vorangegangenen Jahren verteilt. An Tantiemen und Belohnungen werden 61 367 gegen 19 986 Mk. im Vorjahre verteilt und auf neue Rechnung bleiben dann noch 72 967 (im Vorjahre 16 464) Mk. vorzutragen.

Auch Agenten und Vermittler scharfen ihr Schäferschen. Der Solinger „General-Anzeiger“ veröffentlicht dieses Interat: Agenten und Händler verdienen bis 300 Prozent durch Hausieren mit Bouillon- und Suppenwürfeln. 1000 Stück 7,50 Mk. mit 5 Pf., Banderole 9,50 Mk., besser 12,50 Mk. franko. Muster gegen 10 Pf.

Wer als Großist mit Lebensmitteln handelt und seine Waren mit 300 Proz. Nutzen umsetzt, treibt zweifellos Wucher, in dieser Kriegszeit geradezu gemeingefährlichen, doppelt sträflichen Wucher. Bouillon- und Suppenwürfel werden vielfach den Angehörigen ins Feld geschickt, auch sollen sie im Haushalt mancherlei natürliche Lebensmittel, die bei der jetzigen Teuerung für die große Masse des Volkes fast unerschwinglich sind, ersetzen. Wie hoch mag wohl der wirkliche Herstellungspreis dieser Bouillon- und Suppenwürfel sein, wenn der Fabrikant für 1000 Stück 7,50—9,50 Mk. von dem Großisten fordert, der dann die Ware mit 300 Proz. Gewinn an den Kleinhändler absetzen soll.

Gegen solch schamlosen Wucher sollte die Behörde mit all ihrer Macht, die ihr während des Krieges in so reichlichem Maße gegeben ist, vorgehen.

Hausfuchung statt Lohnerhöhung.

Wir gaben bereits Kenntnis davon, daß der Nachener Arbeitgeberverband der Textilindustrie einen Antrag der Arbeiter auf Gewährung einer Teuerungszulage ablehnte; dagegen wurde auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes am Samstag, den 5. Juni, durch zwei Beamten der Kriminalpolizei in unserem Filialbureau eine eingehende Hausfuchung, verbunden mit Leibesvisitation unseres Geschäftsführers, vorgenommen. Gesucht wurde nach Papieren des Arbeitgeberverbandes; gefunden wurde nichts. Die Durchsuchung war wohl veranlaßt durch die Artikel: „Einblicke in wirtschaftliche und sozialpolitische Interessenfragen deutscher Textilunternehmer“ in Nr. 14, 15 und 16 des „Textilarbeiters“. (Es wird immer „burgfriedlicher“. D. R. d. „L.“)

Krieg und Krankenversicherung.

Durch das Notgesetz vom 4. August 1914 ist die Krankenversicherung dahin erweitert worden, daß dem regelmäßigen Aufenthalt im Inland auch der Aufenthalt im Ausland gleich zu achten ist, wenn er durch die Einberufung zum Kriegsdienst verursacht wurde.

Aber trotzdem wird versucht, die berechtigten Ansprüche den Versicherten streitig zu machen, wenn der Anspruch durch den Krieg im Ausland eingetreten ist. Zu was für gewagten Geseksauslegungen man kommt, um die rein fiskalischen Interessen der Kassen wahrzunehmen, zeigt ein Fall, über den das „Sächsische Volksblatt“ in der Nummer 108 wie folgt berichtet:

Die Witwe B. verlangte im Klagewege von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Dresden die Auszahlung von Sterbegeld, da ihr Ehemann bis zum 4. August 1914 versicherungspflichtiges Mitglied der Kasse gewesen, am 5. August zu den Fahnen einberufen worden und schon am 20. August in Frankreich gefallen sei, also noch innerhalb der gesetzlichen Frist von drei Wochen nach erfolgtem Ausscheiden aus der

versicherungspflichtigen Beschäftigung. Nach § 214 der Reichsversicherungsordnung fällt der Anspruch weg, wenn sich der Erwerbslose im Auslande aufgehalten hat. Die Kasse hat den Anspruch zurückgewiesen, weil der Verstorbene die Mitgliedschaft nicht wegen Erwerbslosigkeit aufgegeben habe, sondern weil er zum Heeresdienst eingezogen worden sei. Selbst wenn diese Ansicht aber nicht richtig sein sollte, sei der Anspruch doch hinfällig, weil der Mann nicht im Inlande gefallen sei. Das Versicherungsamt hat die Kasse zur Zahlung von 120 Mk. Sterbegeld verurteilt. Es wurde zugegeben, daß der Gesetzgeber an den Kriegsfall nicht gedacht habe, indessen der Standpunkt vertreten, daß aus Billigkeitsgründen diese Lücke der Gesetzgebung durch die Rechtsprechung ausgeglichen werden müsse. Diese Entscheidung wurde von der Kasse mit Berufung angefochten. — Das Oberversicherungsamt hat die angefochtene Entscheidung aufgehoben und den Anspruch der Klägerin zurückgewiesen. Der Anspruch sei nicht gerechtfertigt, denn obwohl der Mann wegen Erwerbslosigkeit ausgeschieden und innerhalb drei Wochen gefallen sei, so sei er doch im Auslande gefallen. Das Rotgesetz vom 4. August erstreckt sich nur auf § 313 der R.V.O. (freiwillige Fortsetzung der Mitgliedschaft), nicht aber auch auf § 214.

Diese Entscheidung des Oberversicherungsamts Dresden ist ohne Zweifel ein Fehlspruch. Diese Entscheidung des Oberversicherungsamts Dresden bedeutet für die Hinterbliebenen der im Auslande Gefallenen eine durch nichts gerechtfertigte Härte. Es kann der Fall eintreten, daß zwei zum Kriegsdienst Einberufene zu gleicher Zeit im Auslande schwer verwundet werden. Beim Transport nach der Heimat stirbt der eine kurz vor der Grenze im Lazarettzug, der andere vielleicht eine Stunde später, aber der Zug ist inzwischen über die Grenze gefahren. Nach der Entscheidung des Oberversicherungsamts in Dresden würde für den zuerst Gestorbenen das Sterbegeld nicht zu zahlen sein, weil sein Tod im „Auslande“ eingetreten ist. Im zweiten Falle müßte die Krankenkasse an die Hinterbliebenen das Sterbegeld auszahlen.

Weil also im ersten Falle der Tod eine Stunde früher eingetreten ist, soll das Sterbegeld nicht gezahlt werden, und nach dem Oberversicherungsamt Dresden „von Rechts wegen“. Das hat der Gesetzgeber sicherlich nicht gewollt. Mit dem Aufenthalt im Auslande hat der Gesetzgeber ohne Zweifel nur den freiwilligen Aufenthalt gemeint. Bei den eingezogenen Soldaten fällt dieser freiwillige Aufenthalt natürlich fort.

Dann ist ja auch in dem Rotgesetz vom 4. August 1914 ausdrücklich gesagt, daß dem Aufenthalt im Inlande der Aufenthalt im Ausland als gleich anzusehen ist, wenn er durch Einberufung zum Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Dienst verursacht ist.

Wenn in dem Rotgesetz vom 4. August der § 214 der R.V.O. auch nicht ausdrücklich genannt ist, so war es doch sicher Absicht des Gesetzgebers, die Rechte der Einberufenen durch den Krieg nicht verfallen zu lassen, wenn der Versicherungsfall durch den Krieg im Auslande eintrat.

Das Reichsversicherungsamt hat bisher in der Rechtsprechung bei nicht klarer Bestimmung den Absichten des Gesetzgebers eine wesentliche Bedeutung beigelegt. Es ist deshalb auch zu erwarten, daß das Reichsversicherungsamt die Anwartschaft auf Sterbegeld auch dann für gegeben ansieht, wenn der Tod des versicherten Kriegsteilnehmers innerhalb drei Wochen nach dem Austritt aus der Beschäftigung im Auslande eingetreten ist.

Damit die Rechte der Versicherten nicht beeinträchtigt werden, ist es in diesem und in ähnlichen Fällen dringend notwendig, daß beim Reichsversicherungsamt eine prinzipielle Entscheidung herbeigeführt wird.

Karl Klingler, Berlin.

In der Textilindustrie besteht ein Mangel an männlichen Arbeitern.

So schreibt der „Konfektionär“, und er fährt erklärend und begründend fort:

Viele Zweige der Textilindustrie leiden erfahrungsgemäß schon seit langen Jahren an Mangel männlicher Arbeitskräfte; die Männer und heranwachsenden jungen Leute gehen immer mehr zur Schwerindustrie über, weil ihnen dort ein besserer Verdienst gewährleistet wird. Durch die Einberufung ins Heer sind nun vielen Fabriken die militärpflichtigen Arbeiter entzogen worden, sofern sie nicht mit Erfolg reklamiert werden konnten; die Einstellung vieler ungedienter Landstürmer und des Jahrganges 1915 entnahmen den Fabriken weitere Arbeitskräfte. In Ermangelung von Männern müssen die Arbeiten immer mehr von Frauen verrichtet werden. Was früher in dieser Hinsicht nicht möglich erschien, kann heute durchgeführt werden. Wenn auch mit gewissen Einschränkungen und Umständen — man hat sich doch über diese Schwierigkeiten im Allgemeinen hinweggesetzt.

Es ist nun festzustellen, daß von den verhältnismäßig wenigen übriggebliebenen Arbeitern eine Anzahl jetzt zur Schwerindustrie, und zwar vornehmlich zu Munitionsfabriken übergehen, weil letztere gegenwärtig infolge der starken Beschäftigung hohe Löhne zahlen und heute Kräfte einstellen, die in normalen Zeiten infolge Schwäche usw. dort kaum ankommen dürften. Ältere Leute, welche jahrzehntelang zufrieden ihren Arbeiten nachgingen und für deren Lebensabend ein Auskommen gesichert war, verlassen jetzt ihre alte Arbeitsstelle, weil sie vorübergehend „mehr“ verdienen können. Sie haben in ihrem Entschluß aber nicht vorgeesehen, daß ihre neue Beschäftigung und mithin auch ihr besserer Lohn nur vorübergehend ist, daß sie nach dem Kriege durch das Einsetzen jüngerer und stärkerer Arbeitskräfte weichen müssen und die augenblickliche überstarke Beschäftigung nicht dauernder Natur sein kann. Solchen Leuten wäre wirklich zu empfehlen, sich nicht vom Schein beirren zu lassen und einer sicheren, wenn auch weniger einträglichen Arbeit

vor einer lohnenderen, aber vorübergehenden den Vorzug zu geben. —

Die Sorge des „Konfektionär“ um die „älteren Leute“ ist wirklich rührend, kommt aber leider etwas spät zutage. So haben wir sie z. B. stets vermisst, wenn ältere Leute, welche jahrzehntelang zufrieden ihren Arbeiten nachgingen, plötzlich als „zu alt“ abgeschoben wurden und sich dadurch in ihren Hoffnungen auf einen Lebensabend mit leidlich gesichertem Auskommen getäuscht sahen. Damals ist der „Konfektionär“ für die „älteren Leute“ leider nicht so warm eingetreten, wie er es jetzt tut.

Wäre früher nicht mancher ältere Mann von den Textilunternehmern, weil „zu alt“, abgeschoben worden, so hätte die Textilindustrie jetzt wohl wenig Anlaß, über Mangel an männlichen Arbeitern zu klagen.

Gründung von Textilfabriken in Argentinien.

Es war von jeher das Bestreben der argentinischen Regierung, die Entstehung solcher Industrien zu fördern, deren Produkte bisher aus dem Auslande bezogen werden müssen. Dazu gehört auch die Textilindustrie. Jetzt, während des europäischen Krieges, wo die Konkurrenz der europäischen Textilindustrie zum größten Teil lahmgelegt ist, glauben Spekulationslüsterner Kapitalisten die geeignetste Zeit für gekommen zu sehen, mit der Errichtung solcher Fabriken zu beginnen. Ein spanischer Kapitalist will die Textilindustrie gleich im großen Stile einführen. Er verlangt dafür von der Regierung besondere Konzessionen bei der Erwerbung von 5000 Hektar Land in der Baumwollzone. Dafür will er sich verpflichten, das Land nur zum Anbau von Baumwolle zu verwenden und eine Fabrik mit mindestens 6000 bis 12000 Spindeln und 400 Webstühlen und eigener Färberei- und Bleichereinrichtung einzurichten. Zu Beginn würde er 1000 gelernte Textilarbeiter aus Barcelona herbeischaffen. Das Landwirtschaftsministerium steht dem Plane sehr wohlwollend gegenüber und hat den Gouverneur des Staates Tucuman veranlaßt, dem Spanier nicht nur alle möglichen Erleichterungen anzubieten, sondern auch einen ganzen Streifen Land in bester Lage zu guten Bedingungen zu überlassen. Schon jetzt wird der Anbau von Baumwolle in jener Gegend in großem Umfange betrieben, doch geht diese fast ausschließlich wieder ins Ausland, so daß alle Textilfabrikate fertig wieder eingeführt werden müssen. Die Schwierigkeit der Verforgung des Marktes infolge der europäischen Kriegswirren dürfte auch auf diesem Gebiete daher zu einer großen Umwälzung führen.

Soziales.

Erweiterung der Kriegsfamilienunterstützung. Die Budgetkommission des Reichstags hatte eine Erweiterung der Kriegsfamilienunterstützung gewünscht. Der Bundesrat ist dem nachgekommen. Danach gehören jetzt zu dem Kreise der anspruchsberechtigten Personen auch alle im wehrpflichtigen Alter stehenden männlichen Personen, die sich im Auslande befinden und infolge feindlicher Maßnahmen nicht in das Inland zurückkehren können, insbesondere auch Personen im wehrpflichtigen Alter, die vom Feinde verschleppt worden sind; ferner Mannschaften, die sich im Auslande einem Marine- oder Schutztruppenteil gestellt haben; Kriegsfreiwillige; Mannschaften, die im Kriege ihre aktive Dienstzeit beendet haben (vom Tage der Vollenbung an); aktive Mannschaften, die als einzige Ernährer ihre Eltern ernähren haben. Als unterstützungsberechtigte Familienangehörige gelten jetzt auch: Stiefeltern, Stiefschwestern und Stiefkinder, sofern der Eingezogene sie unterhalten hat; uneheliche Kinder der Ehefrau (auch wenn der Ehemann nicht der Erzeuger ist), sofern er sie bisher unterhalten hat; elternlose Enkel; die schuldlos geschiedene Ehefrau, der nach § 1578 B.G.B. der Ehemann den Unterhalt zu gewähren verpflichtet ist; alle unehelichen Kinder; alle Ehefrauen und Kinder von aktiven Soldaten. Den in Betracht kommenden Instanzen ist erneut zur Pflicht gemacht, die Frage der Bedürftigkeit wohlwollend und nicht engherzig zu prüfen und bei den Recherchen bei den Familienangehörigen keine niederdrückenden Empfindungen auszulösen. Die Unterstützungen dürfen auch nicht abgewiesen werden mit der Begründung, daß noch ein kleines Vermögen vorhanden sei. Auch der Besitz eines kleinen Anwesens mit Acker und Vieh oder eines kleinen Geschäftes schließt die Unterstützung nicht aus. Auch ist unbedenklich eine Unterstützung zu gewähren, wenn arbeitsfähige Angehörige infolge einer augenblicklich herrschenden Arbeitslosigkeit in eine vorübergehende Notlage geraten sind. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß es nicht genügt, nun die Mindestsätze zu zahlen, der Hausstand des Kriegers und der angemessene Unterhalt seiner Familie soll erhalten werden. Im Falle des Todes des Kriegers müssen die Unterstützungsgelder solange fortgezahlt werden, bis die Hinterbliebenenrente gezahlt ist.

Aus Handel und Industrie.

C. T. I. Eine Verstaatlichung des japanischen Seidenhandels? Mit einem Kapital von 4 Millionen Mark hat sich unter staatlicher Aufsicht in Yokohama die „Teikoku Sanshi Kaisha“, Gesellschaft zur Förderung des Seidenhandels, gebildet. Die Direktoren sind leitende Persönlichkeiten aus dem Rohseidenhandel, während die Aufsicht von 20 höheren Staatsbeamten, welche die verschiedenen Seide hervorbringenden Bezirke vertreten, ausgeübt wird. Die Regierung unterstützt das Unternehmen mit einem Betrage von 10 Millionen Mark. Alle drei Monate wird der Höchstpreis, welcher an die Seidenproduzenten zu zahlen ist, festgesetzt werden; ein Zeithandel, wie zuerst beabsichtigt, wird nicht stattfinden.

Steigerung der Preise für Bindfaden. Infolge der erhöhten Notierungen und der erschwerteren Beschaffung für Hanf haben die Großhändler von Bindfaden vor einiger Zeit die Preise der Verbandsliste vom 4. Dezember 1914 um 25 Pf. erhöht. Der inzwischen eingetretene Krieg mit Italien, der Zufahren von italienischem Hanf unmöglich macht, hat eine weitere Preiserhöhung von 25 bis 35 Pf. pro Kilogramm veranlaßt.

Rehr' heim!

Ein Kind rief's laut im Traum
Und hängen blieb das Wort
An jedem Ding im Raum
Und klingt nun fort und fort.
Und hängt nun alle Tage
In allen Augen tief
Als ruhelose Frage . . .
Und geht in allen Händen
Und's ist, als ob im Uhrenschlage
Und von den Bildern an den Wänden
Es rief und wieder rief . . .
Die Blumen in dem Garten,
Die mit den Kelchen klingen,
Und vor der Tür der Baum —
Steht alles nun im Warten . . .
Es liegt auf allen Dingen
So toll und schmerzreich der Reim:
Rehr' heim!

Robert Hospital.

Literatur.

25 Jahre Korbmacher-Organisation. Ein Beitrag zur Korbmacherbewegung auf zentraler Grundlage in den Jahren 1889 bis 1914. Herausgegeben von der Zentralkommission der deutschen Korbmacher. 80 Seiten. Berlin 1915. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes G. m. b. H. Preis 1 Mk.
Die „**Gleichheit**“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.
Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW. 68 ist jodens erschienen: „**Die Sozialdemokratie im Weltkrieg**“. Von Dr. Edward David, M. d. R., Preis 2 Mk. Der reiche Inhalt des Buches gruppiert sich nach folgenden Kapiteln: Unsere Erklärungen im Reichstage und ihre Befristung durch die sozialdemokratische Volksmasse. — Was wir immer betont haben. — Konnte die Sozialdemokratie den Krieg verhindern? — Die Ursachen des Krieges. — Die diplomatische Schuldfrage. — Die Größe der Gefahr. — Die Stellungnahme der Sozialisten in den Weststaaten. — Die russische Taktik und Theorie. — Nation und Internationale.
Im Vorwort weist der Verfasser die Auffassung zurück, als ob die Zustimmung zu den Kriegskrediten ein Bruch mit den sozialdemokratischen Grundsätzen bedeute. „Unser Einrücken in die nationale Verteidigungsfront war nur eine Wahrnehmung dessen, was die Bahnbrecher unserer Bewegung von jeher betont hatten.“
Und ebenso wenig war das Verhalten der Reichstagsfraktion ein „Verrat an der Internationale“. Die Internationale ist keine Antinationale; sie gibt jedem Volk das Recht auf nationale Selbstbehauptung. „Indem wir unser Volk stark und frei erhalten im Rat der Völker, dienen wir auch der menschlichen Entwicklung und den Kulturzielen der sozialistischen Internationale.“
Als Leitern für die auswärtige Politik gilt dem Verfasser das Ideal des dauernd gesicherten Weltfriedens. Dieses „Hochziel der Menschheitsentwicklung zu dienen“, bezeichnet er als letzten Zweck seines Buches.

Briefkasten.

Wer fabriziert Schenertücher, Marie „Frauenfreude“? Offerenten von Kollegen und Kolleginnen an Ernst Ludwig, Altenburg, Eisenstr. 56 II.
S. P. Dieses Zeichen finden wir nicht; Sie scheinen sich zu irren. — Das Buch kostet 2 Mk.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.
Vorstand.
Sonntag, den 13. Juni, ist der
24. Wochenbeitrag fällig.
Adressenänderungen.
Gau 4. Barmen. V: Hermann Wehner, Riesenstr. 11.
Düsseldorf. K: Otto Heilmann, Marienstr. 11.
Nordhorn (Grafschaft Bentheim). V: Jan Peters, Frensdorf b. Nordhorn, Grafschaft Bentheim, Ludwigstr. 11.
Gau 6. Nürtingen. V u. K: Helene Rornhinweg, Marienstr. 28.
Gau 8. Altenburg, S.-A. K: ab 1. Juli Ernst Schirmer, Eisenstr. 24, part.
Gera-Neuß. Der Geschäftsführer Kollege Aldermann ist eingezogen. Vertreter: Hugo Schönfeld, Gera-Neuß, Schülerstraße 5 (Bureau des Textilarbeiterverbandes).

Totenliste.
Gestorbene Mitglieder.
Bernau. Robert Eichbaum, Weber, 64 J., Lebertrebs.
Gallenberg u. Umg. Julius Geiler, 78 J., Schlaganfall.
Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.
Blumenau i. Schl. Paul Roll, 20 J.
Buchholz. Walter Burkert, 22 Jahre, Sehma.
Burgstädt. Emil Berger, Zigarrenhändler, 34 J. — Mag

Drescher, Fabrikarbeiter, 30 J. — Karl Stiegler, Zuschneider, 26 J.
Burkersdorf. Artur Wöttger, Wirker, 37 J.
Gallenberg u. Umg. Otto Böhme, 26 J.
Chemnitz. Fritz Bilz, Färbereiarbeiter, 19 J.
Clausnitz. Richard Schleich, Stricker, 39 J. — Arno Krug, Stricker, 28 J.
Diethensdorf. Willi Bohni, Zuschneider, 27 J.
Glauchau. Otto Schleicher, 25 Jahre. — Paul Simon, 38 J.
Güppersdorf. Ernst Haußtein, Wirker, 30 J.
Grüna b. Lengenfeld. Ernst Demmler, Ballfortierer 27 J.
Hartmannsdorf. Max Scheffler, Zuschneider, 20 J. — Friedrich Lämmermann, Fabrikarbeiter, 21 J.
Limba i. S. Kurt Franke, Wirker, 21 J. — Hugo Frißsche, Handschuhformer, 27 Jahre.
Reudamm. Franz Matie, Appreteur, 24 J.
Blauen i. B. Walter Schmidt, 32 J.
Taura. Albert Schlegel, Stricker, 22 J.
Wittgensdorf. Alfred Bohlend, 20 J. — Emil Wermann, Herrenhaide, 25 J.
Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.
Mitglieder-Versammlungen.
Schloßheim. Sonnabend, den 19. Juni.
Eshwege. Sonnabend, den 19. Juni.

Quittung.
Im Mai gingen bei dem Unterzeichneten ein aus: Grimmitzschau 193,85 Mk., Zahndorf 47,70 Mk.
Paul Wagener, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 III.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 12. Juni
Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit * versehenen Artikel Hermann Krübig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.